

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

15. Juni 1955

311/J

A n f r a g e

der Abg. Dipl.-Ing. S t r o b l, N e d w a l. und Genossen
an den Bundeskanzler,
betreffend die übermässigen Schlägerungen in den von der USIA verwalteten
Esterházy'schen Wäldern.

-.-.-

Es wurde festgestellt, dass in der Forstverwaltung Dörfl, in welcher die bisherige Überschlägerung auf ca. 60.000 Festmeter geschätzt wird, jetzt nach Abschluss des Staatsvertrages durch russisches Militär weitergeschlägert wird.

In der Forstverwaltung Kobersdorf wurden einem Holzhändler aus Fürstenfeld mehrere tausend Festmeter am Stoek verkauft. Der Genannte hat das noch nicht geschlägerte Holz patriotisch eingestellten Holzfirmen angeboten, die es aber mit Rücksicht auf die Herkunft abgelehnt haben. Da auch diese Forstverwaltung bisher schon eine sehr ins Gewicht fallende Überschlägerung aufweist, ist diese weitere Schlägerung ärgster Raubbau.

Es kann nicht angenommen werden, dass die Regierung der UdSSR, die bei den Abschlussverhandlungen zum Staatsvertrag für die wirtschaftlichen Belange Österreichs ^{diese} grosses Verständnis aufgebracht hat, von diesen Machinationen weiss oder gar gutheisst.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

Ist der Herr Bundeskanzler bereit, beim Herrn Hochkommissar bzw. Botschafter Iljitschow die dringende Einstellung aller jetzt begonnenen Sommer-schlägerungen zu erwirken, da diese einen schweren Eingriff in die Substanz bedeuten?

-.-.-